

KONFLIKTBAROMETER WELT 1994

Jährliche Konfliktanalyse des HEIDELBERGER INSTITUTS FÜR INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG (HIIK) E. V.

1994 sind weltweit 123 nationale und internationale Konflikte registriert worden, etwa ebensoviel wie im Vorjahr. Drei kurze heftige Kriege sind 1994 ausgebrochen. Elf Konflikte wurden 1994 beendet. Die konfliktreichsten Zonen waren Asien und der Vordere und Mittlere Orient. In Europa ist demgegenüber die Zahl und Intensität von Konflikten zurückgegangen. Eine Zunahme von Konflikten erfolgte vor allem bei latenten Konflikten.

KONFLIKTINTENSITÄT	EUROPA		AFRIKA		AMERIKA		ASIEN		ORIENT		GESAMT	
	lfd	neu	lfd	neu								
Latente Konflikte	5	1	9	2	10	1	20	0	12	2	56	6
Krisen	6	0	2	0	4	1	4	0	7	2	23	3
Ernstes Krisen	3	0	5	1	3	1	6	0	3	0	20	2
Kriege	2	1	4	1	0	0	0	0	4	1	10	3
Summen	16	2	20	4	17	3	30	0	26	5	109	14
	18		24		20		30		31		123	
Putsche	0		1		0		0		0		1	
Putschversuche	0		0		0		1		0		1	

MABNAHMEN DER KONFLIKTBEARBEITUNG	EUROPA	AFRIKA	AMERIKA	ASIEN	ORIENT	GESAMT
Einvernehmliche Lösung (z. B. Friedensverträge)	0	3	1	4	1	9
Einvernehmliche Lösung mit Hilfe Dritter	1	0	0	1	1	3
Waffenstillstandsabkommen /Truppenabzug	0	0	1	2	1	4
Verhandlungen mit Hilfe Dritter	4	2	1	0	2	9
Beendigung durch Gerichtsurteil	0	1	2	0	0	3
Aufnahme von Gesprächen, Verhandlungen oder dipl. Beziehungen	0	0	4	2	1	7
Beendigung durch Druck/Drohung	1	0	0	0	1	2
Friedensmissionen	1	0	0	0	0	1
Deeskalation durch militärische Intervention	1	0	1	0	0	2
Beendigung durch Krieg	0	0	1	0	0	1

Legende: Konflikte können mehrfach gezählt sein, z.B. wenn ein Waffenstillstand erst vereinbart, dann aber wieder gebrochen wurde. 'lfd/neu': 1993 bereits laufende/1994 initiierte, politische und militärische Konflikte, die ein Mindestmaß an öffentlicher Aufmerksamkeit erlangt haben. Stand 20.12.1994.
Alle Angaben beziehen sich nur auf Veränderungen gegenüber dem Vorjahr. Die Abgrenzung der Regionen erfolgt nach kultureller und konfliktbestimmter Zusammengehörigkeit.

WELT

Die Welt ist 1994 insgesamt gesehen etwas friedlicher geworden. Wir registrieren insgesamt 13 Kriege, 10 weniger als im Vorjahr; auch die Zahl der ernstesten Krisen sowie der Krisen hat etwas abgenommen.

Die gewalttätigen Auseinandersetzungen zeigen regionale Schwerpunkte. Allein das ehemalige Jugoslawien und die Randzonen der ehemaligen Sowjetunion verzeichnen 6 gewaltsame Konflikte. Hauptursache gewaltsamer Konflikte sind nach Auflösung des Ost-West-Konflikts die Schwierigkeiten bei der Staatenbildung unabhängig gewordener oder sich abspaltender Gebiete. Es gab keinen internationalen Krieg. Alle Kriege sind innerstaatliche Auseinandersetzungen gewesen. Die Tendenz zur friedlichen Streitbeilegung äußert sich u.a. in 12 einvernehmlichen Lösungen sowie in 26 Verhandlungsinitiativen und drei Gerichtsurteilen. Diese Deeskalation ist wohl auch und vor allem auf wirtschaftliche Notwendigkeiten zurückzuführen. Die Einhegung von Konflikten kam auch durch die gestiegene Bedeutung Internationaler Organisationen und der Großmächte beim Konfliktmanagement zustande.

EUROPA

1994 war der Kontinent wie im Vorjahr von Konflikten um den Staatszerfall in Jugoslawien und der Sowjetunion geprägt, auch wenn die absolute Zahl der Konflikte in der Region insgesamt zurückging.

In Nordirland sind nach der Eskalation der Gewalt in den Jahren zwischen 1991 und 1993 1994 nur vereinzelt Terroranschläge registriert worden. Nach dem Rahmenabkommen zwischen den Premiers Major und Reynolds Ende 1993 erklärte die Irisch-Republikanische Armee (IRA) im Aug. 1994 die "bedingungslose und unbefristete Einstellung aller militärischen Operationen". Im Gegenzug haben am 15. Okt. 1994 die Protestanten ihrerseits einen Waffenstillstand erklärt. Im ganzen aber wird von beiden Seiten Zurückhaltung geübt und es scheint, als ob beide Seiten von der Erfolglosigkeit ihrer Aktionen überzeugt sind und möglicherweise eine Befriedung oder zumindest Einhegung des Konfliktes eintreten könnte. Im Dez. 94 wird ein politischer Dialog zwischen der britischen Regierung und der IRA eröffnet: Es kommt zum ersten Mal zu einem Treffen zwischen der britischen Regierung und politischen Vertretern der IRA. Diese Gespräche dokumentieren die Anerkennung der IRA als Entgegenkommen für das Gelöbnis der IRA auf Terror zu verzichten. Im Baskenland ist es zu weiteren Differenzen zwischen der militärischen und der politischen Führung der ETA bei zunehmender Isolierung gekommen; ein Ende des latenten Konfliktes ist noch nicht in Sicht. Im Südtirolkonflikt ist es 1994 wieder zu Irritationen gekommen. Die Abstimmung im italienischen Parlament war äußerst knapp und Teile der Südtiroler Volkspartei sowie der nationalistischen österreichischen FPÖ versuchten den latenten Konflikt für ihre machtpolitischen Zwecke zu instrumentalisieren. Auch der Konflikt auf Korsika hat an Intensität verloren, wenngleich keine Verhandlungen stattfinden. Die unter der Ägide der UNO laufenden Verhandlungen über das geteilte Zypern sind weiter festgefahren. Die unnachgiebige Haltung des zyperntürkischen Führers Denktasch hat eine Lösung in weite Ferne gerückt. Zu Spannungen kam es im griechisch-türkischen Ägäiskonflikt als Griechenland ankündigte, sein Hoheitsgebiet entsprechend der Vereinbarungen der Seerechtskonferenz auszudehnen. Die Türkei drohte dies als casus belli aufzufassen.

Eskaliert ist Ende 1994 der Konflikt in Tschetschenien; diese Provinz hatte 1991 die Unabhängigkeit von Rußland erklärt, die Jelzin nicht hinzunehmen gewillt ist; er schickte Militär in die Region. Parallel zu einzelnen Bombardierungen wird beiderseitige Verhandlungsbereitschaft signalisiert. Ein Krieg ist wahrscheinlich. Im Konflikt um die

Abspaltung der Dnesterregion in Moldawien hat die KSZE ihre Bemühungen um eine friedliche Lösung fortgesetzt. In den ukrainisch-russischen Auseinandersetzungen um Atomwaffen ist ein Abkommen zwischen der Ukraine und den USA über die Zerstörung der Atomwaffen unterzeichnet worden. Der Konflikt über die Krim geht weiter. In Georgien sind noch drei Konflikte auszumachen. Nach der Niederlage in Abchasien (1993) ist die gesamte Region in der Hand der Separatisten. Die Kämpfe flauten Anfang 1994 ab; die UNO vermittelte im Apr. 94 einen Waffenstillstand; auch die KSZE und Rußland sind um eine Deeskalation bemüht. Die Krisen um die Regionen Südossetien und Adscharien dauern an, wenngleich dort keine Kämpfe ausgebrochen sind.

Die Kriege im ehemaligen Jugoslawien gingen 1994 weiter. Die Führer der wichtigsten politischen Gruppen stehen sich nach wie vor unversöhnlich gegenüber. Der Bürgerkrieg verläuft indessen nur scheinbar zwischen in sich homogenen ethnischen Gruppierungen. Intern sind Kroaten, Serben und Moslems in zahlreiche Fraktionen gespalten. Zwischen dem serbischen Präsidenten Milosevic und dem Führer der bosnischen Serben Karadzic ist es zum Zerwürfnis gekommen. In der Hoffnung auf Lockerung des UN-Embargos verweigerte Restjugoslawien den bosnischen Serben den Nachschub. Nachdem die Kroaten und die bosnischen Muslime gegeneinander gekämpft hatten, kam es 1994 zu einer neuen Allianz zwischen beiden. Die Kontaktgruppe der UN legte einen Teilungsplan vor. Zunächst eroberten die bosnischen Regierungstruppen aus der Enklave Bihac heraus serbisch besetzte Gebiete zurück; die Gegenoffensive der bosnischen Serben zusammen mit den Krajina-Serben und mit dem moslemischen Separatistenführer Abdic belagerten und beschossen die schutzlose Enklave. Der bosnische Präsident Izetbegovic sperrte sich gegen den Resolutionsentwurf der KSZE auf dem Gipfel in Budapest im Nov. gegen die Aufforderung zum Waffenstillstand. Über die Frage der Aufhebung des Waffenembargos der Moslems kam es zu Spannungen innerhalb der NATO. Kleinere Einheiten der UNPROFOR wurden vorübergehend als Geiseln genommen. Die Lage in Mazedonien ist wegen der Namensfrage gespannt; die Behinderung der Zugangswege intensiviert den Konflikt, der durch die präventive Stationierung von UNO-Blauhelmen bzw. US-Kontingenten (Juli 1993) eingehegt wird. Mazedonien bleibt aber nach wie vor ein potentieller Krisenherd, weil offensichtlich Milosevic mit Hilfe Griechenlands eine Aufteilung betreiben soll.

AFRIKA

Die Demokratisierungsbewegungen, die noch in den vorangegangenen Jahren zu Hoffnungen auf die Ablösung der alten Regime Anlaß gaben, sind 1994 ins Stocken geraten. Außer in Südafrika, Malawi und Mosambik konnten sich weitere demokratische Regime nicht etablieren (Zaire, Togo, Nigeria).

Der im Berichtsjahr bei weitem gewalttätigste Konflikt trat nach dem Tod der Präsidenten von Ruanda und Burundi in Ruanda in eine neue Phase ein. Die Tutsi-Rebellen der FPR besiegten schließlich im Juli die Regierungstruppen der Hutus. Die Massaker an Tutsis aber auch Hutus forderten ca. 700 000 Tote. Es kam zu einer Massenflucht der Hutu in Flüchtlingslager in Zaire. In Angola beendete ein unsicherer Friedensschluß den blutigsten Bürgerkrieg Afrikas mit einer Machtteilung zwischen UNITA und MFLA. Die militärische Übermacht der Regierung zwang den UNITA-Chef und Rebellenführer Savimbi am Ende zum Nachgeben. In Liberia und Sierra Leone kam es nach dem Scheitern des Friedensabkommens zur Wiederaufnahme des Bürgerkriegs. Neue Rebellenbewegungen bildeten sich und kündigten das Friedensabkommen auf; die Friedensbemühungen in Accra/Ghana waren vergeblich, da die Milizen außer Kontrolle gerieten und warlordism entstand. In Somalia kam es ebenfalls zum Wiederaufflammen des Bürgerkriegs in Mogadischu und in anderen Städten, trotz der andauernden UN-Präsenz (bei Rückzug der

US-Amerikaner). Bemühungen für eine für alle akzeptable Friedensregelung waren vergeblich. Trotz des Friedenspakts in Niger für den Tuareg-Konflikt (Oktober 1994) blieb der Konflikt weiterhin ungelöst. In Mali kam es nach dem gescheiterten Abkommen seit Juni ebenso zu einem Wiederaufflammen der Kämpfe und ethnischen Zusammenstöße mit Bürgerwehren der schwarzen Bevölkerung.

In Kenia (ethnische Unruhen im Westen), Djibouti (militärischer Widerstand der FRUD gebrochen, aber der politische Konflikt bleibt bestehen), Tschad (Rebellenfraktionen im Süden und Osten des Landes setzen Kampf fort), Burundi (ethnische Auseinandersetzungen trotz politischer Übereinkunft über Machtteilung) und Ghana (ethnische Unruhen über Landfragen im Norden) schwelten Konflikte niedriger Intensität, die zwar nicht das jeweils ganze Land in Mitleidenschaft zogen, aber keine baldige Lösung versprechen.

Die im Zuge der gescheiterten Demokratisierung entstandenen Unruhen in Zaire, Kongo und Togo konnten im Verlauf des Jahres von den jeweiligen Machthabern beendet werden. Die Langzeitkonflikte in Mosambik und Südafrika konnten durch demokratische Wahlen beendet werden. In Südafrika bleiben Kämpfe zwischen verfeindeten Schwarzen-Milizen ein latenter Konfliktherd.

Während der Grenzkonflikt zwischen Tschad und Libyen durch ein IGH-Urteil gelöst werden konnte (Rückzug Libyens zum 30.5), kam es zwischen Nigeria und Kamerun über die Frage der Bakassi-Halbinsel zu mehreren ergebnislosen Grenzzwischenfällen.

Die secessionistischen Bewegungen verfochten ihre Anliegen erwartungsgemäß ohne Erfolg. In Cabinda (Angola) konnten die Rebellen durch UNITA-Mithilfe zeitweilig Erfolge erreichen, in der Casamance (Senegal) schien der militärische Widerstand gebrochen. Der sich abspaltenden Provinz Somaliland im Norden Somalias, blieb die politische Anerkennung weiter versagt. In Sansibar schließlich verstärkten sich Anzeichen für eine Verschärfung der Spannungen zwischen der Insel und dem Festland.

Nach jahrelangen Verhandlungen in Südafrika konnte das Ende der Apartheid mit Verabschiedung einer neuen demokratischen Verfassung im Dezember 93 erreicht werden; die ersten freien und gleichen Wahlen führten zur Präsidentschaft des ANC-Führers Nelson Mandela.

ASIEN

Auf dem asiatischen Kontinent ist die Ausgleichspolitik fortgesetzt worden und hat wie im vergangenen Jahr zu einer ruhigeren Konfliktlage geführt. Kriege sind zurückgegangen und zwischenstaatlich überwogen insbesondere von der VR China Annäherungsversuche an alle benachbarten Staaten. In Ost-, Süd- und Südostasien ist kein neuer Konflikt hinzugekommen.

Südasien

In Indien dauern innenpolitische Spannungen (Assam, Khalistan, Kaschmir) an. Um der anhaltenden internationalen Kritik der indischen Kaschmirpolitik zu begegnen und mit Blick auf die tournusmäßig tagende UN-Menschenrechtskonferenz lud Indien Anfang 94 die Botschafter einiger europäischer Staaten, darunter auch Deutschlands, nach Jammu und Kaschmir ein. Im Autonomiekonflikt um die Bergregion Chittagong in Bangladesch erneuerte die Zentralregierung ein Amnestieangebot an die Rebellen, die die Waffen zum 30.6. 94 niederlegten. In Sri Lanka sind nach dem Regierungswechsel friedliche Lösungsversuche im Gange. Der Bürgerkrieg mit der LTTE ist abgeflaut und soll durch Gespräche einer Lösung zugeführt werden. In Myanmar (Birma) proklamierte die ethnische Minderheit der Schan einen eigenen Staat im Goldenen Dreieck, die Minderheit der Karen nahm das Angebot der Regierung zu Friedensverhandlungen an. Ein neuer Verfassungsentwurf und die Fortsetzung der Friedensverhandlungen deuten auf eine Entspannung des ehemals bürgerkriegsgeschüttelten Landes, auch wenn die Oppositionelle und

Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi unter Hausarrest bleibt. In Nepal ist es nach der Regierungskrise und der Auflösung des Parlaments erstmals in der Geschichte zu einem durch Wahlen herbeigeführten Regierungswechsel mit kommunistischen Mehrheiten gekommen. Im Febr. wird das Handelsembargo der USA gegen Vietnam aufgehoben. Über den Konflikt in Laos, über Aufstände in Vietnam und über die Diskriminierung von Nepali in Bhutan liegen keine genauen Angaben vor.

Ostasien

Die VR China setzt weiterhin auf Entspannung. Im Apr. 94 wurden mit Kasachstan und der Mongolei Grenzverträge ausgehandelt; im Juli wurde ein Abkommen zwischen den Verteidigungsministern von der VR China und Rußland zur Vermeidung von Grenzkonflikten unterzeichnet, im Sept. ein Grundsatzabkommen "über neue Beziehungen einer konstruktiven Zusammenarbeit", das die Bedrohung durch Atomwaffen abbauen soll. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen der britischen Regierung und Peking über die Frage der Zusammensetzung des Legislativrates in Hongkong halten an; der Gouverneur der VR China bietet jedoch Zusammenarbeit an. Das Verhältnis zwischen den beiden Chinas entspannt sich weiter durch Aufnahme halbamtlicher Gespräche zur friedlichen Wiedervereinigung. Im Aug. erklärten sich beide Seiten zu vertrauensbildenden Maßnahmen bereit. Die Auslieferung von Luftpiraten und illegalen Einwanderern wurde verabredet. In die Auseinandersetzung zwischen Rußland und Japan um die Kurileninseln ist es zu keiner Bewegung gekommen. Auf der koreanischen Halbinsel oszillieren die Ereignisse zwischen Annäherungsbemühungen und Eskalation. Nach der Weigerung Nordkoreas, seine Atomanlagen durch die IAEO inspizieren zu lassen, kam es im Juni durch Vermittlung durch den ehem. US-Präsidenten Carter zur Annäherung: Kontrollen sollen möglich sein, US-nordkoreanische Verhandlungen sollen aufgenommen werden und ein Gipfeltreffen beider Koreas ist in Aussicht gestellt. Durch den Tod Kim Il Sung im Juli blieb die Nachfolgefrage zunächst unklar. In einer gemeinsamen Erklärung beider Seiten (USA, Nordkorea) im Aug. deutete sich ein Kompromiß an: Nordkorea stimmte der Einhaltung der internationalen Verträge (Atomwaffensperrvertrag, IAEO-Vertrag) zu; im Gegenzug wollen die USA die diplomatischen Beziehungen und Wirtschaftsbeziehungen zu Nordkorea aufnehmen. Im Oktober wurde ein Vertrag zwischen Nordkorea und den USA über die Einstellung des Atomprogramms "in der bisherigen Form" unterzeichnet. Die Einstellung des Atomprogramms soll durch Lieferungen von Leichtwasserreaktoren und Öl ausgeglichen werden. Der Konflikt um die Spratley und Paracelinseln v.a. zwischen der VR China, Taiwan und Vietnam besteht latent weiter.

Südostasien/Pazifik

Kambodscha war 1994 das unsicherste asiatische Land. Ab März wurden Kämpfe zwischen der Roten Khmer und Regierungstruppen gemeldet; im Juli soll es einen Putschversuch seitens der Roten Khmer gegeben haben. Nach dem Verbot der Roten Khmer kam es im Juli zu einer Gegenregierung, nachdem Friedensverhandlungen gescheitert waren. Im Apr. wurde ein Abkommen mit Vietnam zur friedlichen Beilegung von Grenzkonflikten unterzeichnet. Zwischen Thailand und Laos ist die Brücke der Freundschaft über den Mekong eingeweiht worden, an der Stelle wo 1988 der Krieg zwischen beiden Staaten begonnen hatte. In Indonesien sind Zeichen von Demokratisierung zu erkennen; die Kämpfe mit allen Separatistenbewegungen gingen zurück, obwohl in Osttimor, Atjeh und Westirien Repressionen gemeldet wurden. Der Kleinkrieg auf der zu Papua-Neuguinea gehörenden Insel Bougainville dauert zunächst an. Nach dem Regierungswechsel im Aug. kam es zu Verhandlungen zwischen der Zentralregierung und der Guerilla, im Sept. zur Waffenruhe. Palau wurde am 1.10. unabhängig. Zwischen Neuseeland und den USA kam es im Febr. zur

Wiederannäherung, nachdem Neuseeland gegen die Interessen der USA eine atomwaffenfreie Zone ausgerufen hatte.

VORDERER UND MITTLERER ORIENT

In der Region des Vorderen und Mittleren Orients, die sich von der Westsahara im Westen bis Tadschikistan im Osten erstreckt, dominierten folgende Ereignisse die Entwicklung des vergangenen Jahres:

Maghreb

In den arabischen Staaten Nordafrikas setzt sich das Erstarren islamistischer Bewegungen fort. Der innenpolitische Konflikt in Algerien ist weiter eskaliert; einige Provinzen sind von moslemischen Partisanen kontrolliert; die islamistische FIS operiert mit einigen Gruppen auch in Frankreich; es wird geschätzt, daß in diesem Konflikt bis zu 10.000 Menschen durch Islamisten und staatlicher Gegengewalt den Tod gefunden haben. Auch in Ägypten setzen Islamisten den Kampf gegen die Regierung und westliche Einflüsse fort. Die UNO-Sanktionen gegen Libyen, das die Auslieferung mutmaßlicher Terroristen an die USA bzw. Großbritannien weiterhin ablehnt, bestehen weiter. Auch der Westsahara-Konflikt geht weiter, da Marokko das von der UNO angeregte Referendum verzögert und den als Ergebnis der Abstimmung zu erwartenden Verlust der Westsahara nicht hinnehmen will. Auch fordert Marokko im März die Eingliederung der Enklaven Ceuta und Melilla in das marokkanische Staatsgebiet. Weitgehend unbeachtet von der Weltöffentlichkeit geht die kompromißlose Politik der Zentralregierung in Khartum gegen den Süden des Sudan weiter; dieser Bürgerkrieg geht 1994 in sein elftes Jahr. Im Feb. startet die Südsudanesischen Volksbefreiungsarmee SPLA von der Zentralafrikanischen Republik und von Zaire aus eine Offensive; die Forderung nach einem Referendum wird von der Zentralregierung abgelehnt. Die Bemühungen Ugandas, Eritreas, Äthiopiens und Kenias führen im März 94 zur Einrichtung von Friedenskorridoren zur Versorgung der Bevölkerung im Süden des Landes. Auch der Grenzkonflikt zwischen Ägypten und dem Sudan ist weiter offen.

Arabischer Osten

In dieser bisher unruhigsten Region wurde der Entspannungsprozeß 1994 weitergeführt. Mit dem Gaza-Jericho-Abkommen von 1993 ist ein erster Schritt in Richtung Autonomie der israelisch besetzten Gebiete gemacht worden. Im Gefolge dieses Abkommens sind unter Vermittlung der USA zwei weitere Abkommen geschlossen worden. Erstens nach Ägypten der zweite Friedensvertrag mit einem arabischen Land, nämlich mit Jordanien. Das zweite in Kairo zwischen Perez und Arafat abgeschlossene Abkommen (Autonomievertrag v.4.5.94) regelt die Selbstverwaltung der Palästinenser im Gaza-Streifen und in Jericho.

Im Mai brach ein heftiger, aber kurzer Bürgerkrieg im Jemen aus (bis zu 7000 Tote). Der Süden proklamierte die Abspaltung, nachdem es schon seit Jan. zu Spannungen um den Präsidialrat kam und vereinzelte Gefechte geführt wurden. Der islamisch geprägte, militärisch überlegene Norden konnte im Jul.1994 die 1990 unter seiner de facto Führung hergestellte Einheit wiederherstellen.

Der innenpolitische Konflikt im Irak zwischen Bagdad und den in den südlichen Landesteilen lebenden Schiiten sowie mit den Kurden im Norden hält unvermindert an, ebenso der außenpolitische Konflikt mit der UNO um die Einhaltung der Waffenstillstandsverpflichtungen aus dem Zweiten Golfkrieg. An der vom Irak nicht anerkannten und einseitig zugunsten Kuwaits verlegten Südgrenze forderte Saddam Hussein durch irakische Truppenkonzentrationen die Koalition heraus. Auf Gegendruck lenkte Hussein ein und erkennt den neuen Grenzverlauf an. Im Norden des Landes brachen Kämpfe zwischen

kurdischen Milizen der Patriotischen Front Kurdistans (PUK) und der Demokratischen Partei Kurdistans-Irak (DPK-Irak) aus. Die im Juli stattfindenden Friedensgespräche führten zu dem Ergebnis, eine Volkszählung durchzuführen und Wahlen abzuhalten. Die Überwachung des Luftkorridors durch die UNO hält an. Die Türkei bekämpft weiterhin die kurdischen Aufständischen mit massiven Truppenaufgebot. Trotz der Kontrolle über große Teile der Südostregion kam es zur Zwangsevakuierung und Zerstörung von Dörfern. Kurden fliehen in großer Zahl in den Irak. Nach dem Verbot der PKK wurde nun die pro-kurdische Demokratierpartei (DEP) verboten und die Immunität der DEP-Abgeordneten durch das Parlament aufgehoben; die Abgeordneten wurden zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt.

Zentralasien

In Zentralasien dauern die Bürgerkriege in Tadschikistan und in Afghanistan weiter an. Massiv tritt Rußland im tadschikischen Bürgerkrieg auf der Seite der Zentralregierung in Duschanbé auf. Im Mai 1994 wird mit Rußland ein Militärabkommen zur Sicherung der afghanisch-tadschikischen Grenze abgeschlossen. Auch der afghanische Bürgerkrieg hat noch kein Ende gefunden, wobei sich die Kämpfe auf die Hauptstadt Kabul konzentrieren. In den de facto unter den Kriegsfürsten aufgeteilten Provinzen herrscht überwiegend Ruhe. Der seit 1988 andauernde Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan um die Enklave Berg-Karabach hat 1994 an Intensität verloren. Die KSZE beschloß im Nov. 94 den brüchigen Waffenstillstand erstmals mit eigenen Friedenstruppen zu überwachen.

AMERIKA

In der wiederum konfliktärmsten Region Nord-, Zentral- und Südamerika überwiegen Deeskalation und Stabilisierung. Putsche oder Putschversuche hat es keine gegeben. Durch stabilitätsorientierte wirtschaftspolitische Reformen konnten die meisten Staaten ein Wachstum erzielen. Die damit verbundenen sozialen Härten haben aber die Festigung demokratischer Strukturen nicht gefährdet. Alle abgehaltenen Wahlen sind friedlich verlaufen. Dazu trugen auch die verstärkten Bemühungen um regionale Wirtschaftskooperation bei, die durch das Inkrafttreten des NAFTA Vertrages am 1. Januar beflügelt wurden. Besondere Medienwirksamkeit erregten die Konflikte in Mexiko, Haiti und auf Kuba, während die Konflikte in Südamerika kaum Aufmerksamkeit erlangten.

Von den noch ungelösten Grenzfragen konnte zwar nur der Grenzstreit zwischen Honduras und El Salvador beigelegt werden, alle anderen sind aber weiter deeskaliert oder sind nur noch latent vorhanden: der Disput zwischen Guatemala und Belize, der Streit zwischen Venezuela und Kolumbien um die Monjes-Inseln, der Gebietsanspruch Venezuelas an Guyana auf die Essequiboregion, die Grenzfragen in den Anden zwischen Chile und Argentinien, der Konflikt zwischen Peru und Ecuador um das Amazonasgebiet sowie der Anspruch Bolivians um einen Meereszugang an Chile und schließlich der Konflikt um die Falkland-Inseln zwischen Argentinien und Großbritannien.

In Guatemala wurde der Waffenstillstand mit der Guerilla nicht eingehalten und Verhandlungen wiederholt abgebrochen. Derzeit ist jedoch eine neue Verhandlungsrunde angelaufen. In Nicaragua konnten die Gefechte mit wiederbewaffneten Contras und sandinistischen Soldaten durch ein Abkommen beigelegt werden. In Kolumbien wurde nach der Tötung Pablo Escobars das Medellinkartell zerschlagen. Gegen das Calikartell, die nunmehr größte Drogenorganisation des Landes, wurde noch nicht vorgegangen. Mit abnehmender Tendenz dauern Kämpfe mit den Guerillas von FARC und ELN an. Trotz einiger Zwischenfälle wurde das Friedensabkommen vom vergangenen Jahr in Surinam eingehalten. Nach der Verhaftung fast der gesamten Führungsspitze ist der Krieg mit dem "Leuchtenden

Pfad" in Peru militärisch zugunsten der Regierung entschieden. Anschläge und Scharmützel dauern jedoch an.

Demgegenüber eskalierten die Konflikte in Mexiko, Haiti und Kuba. Auch der Konflikt um die Separation der kanadischen Provinz Québec hat an Schärfe zugenommen. In Mexiko brach am 1. Jan. eine Rebellion von Indios in der südlichsten Provinz Chiapas aus, die nach 10-tägigen Kämpfen niedergeschlagen wurde. Nach mehrwöchigen Verhandlungen wurde im März zwischen Regierung und Guerilla ein Abkommen geschlossen, dessen Verwirklichung sich aber durch Widerstände im politischen System verzögert. In Haiti verweigerte die herrschende Militärjunta trotz des Wirtschafts- und Waffenembargos von UNO und OAS und des Druckes der USA jegliche Konzessionen. In letzter Minute konnte der ehem. US-Präsident Carter Ende Sept. eine militärische Intervention der USA verhindern und die Junta mit dem Zugeständnis einer Amnestie zum Verlassen des Landes bewegen. Daraufhin besetzten US-Streitkräfte die Insel und ermöglichten die Rückkehr des gewählten Präsidenten Aristide in sein Amt. Auch auf Kuba eskalierten sowohl die innenpolitischen Spannungen durch die immer katastrophalere Wirtschafts- und Versorgungslage, als auch der Konflikt mit den USA. Nach ersten Unruhen im Sommer setzte eine Flüchtlingswelle ein, die die USA mit einer Verschärfung ihres Embargos beantworteten. Nach einem Gesprächsangebot Kubas einigten sich beide Seiten darauf, für die legale Ausreise ein jährliches Kontingent festzulegen.

KONFLIKTVERHÜTUNG DURCH DIE UNO, DURCH GROBMÄCHTE UND DURCH REGIONALORGANISATIONEN

Die VEREINTEN NATIONEN sind nach dem Ende des Kalten Krieges gestärkt worden. Der Sicherheitsrat war nicht mehr durch Vetopositionen blockiert und konnte in zahlreichen Konflikten eingreifen: so gibt es Blauhelmeinsätze in Somalia (1992), Bosnien (seit 1992), Irak (seit 1991), Kambodscha (seit 1991), Mosambik (seit 1992) sowie seit 1993 Missionen nach Georgien, Liberia, Haiti und Ruanda.

Die Großmacht USA hat in einigen Konflikten erfolgreich vermittelt: im Nahen Osten, Haiti und Nordkorea. Rußland hat in Georgien und im ehemaligen Jugoslawien zur Deeskalation beigetragen.

EUROPÄISCHE UNION

Nach den Fortschritten beim Ausbau des Binnenmarktes (EU, EWR) ist 1994 der Beitritt von Österreich, Finnland und Schweden beschlossen worden. Die Bemühungen der EU um Eindämmung des Jugoslawien-Konfliktes haben allerdings zu keinen Erfolgen geführt.

APEC

Nachdem der NAFTA-Vertrag am 1.1.1994 in Kraft getreten war, kommt es im Nov. auch zum Abschluß des amerikanisch-pazifischen Abkommens über wirtschaftliche Zusammenarbeit beim Gipfeltreffen in Jakarta.

Herausgeber:

Das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIK) e.V. erfaßt systematisch die jährlich stattfindenden (neu initiierten und fortlaufenden) Konflikte in ihren unterschiedlichen Intensitäten. Ebenfalls registriert werden die Konfliktebeendigungen bzw. -lösungen, wobei Lösung sich auf dauerhafte, weil konsensual beschlossene Übereinkommen stützen muß. Dieser Konfliktbarometer gibt die Soll- und Haben-Bilanz internationalen Konfliktverhaltens wieder und aktualisiert das zugrundeliegende Nachschlagewerk 'Konflikte seit 1945' (Freiburg: Ploetz-Vlg. 1991).
Anschrift: Prof. Dr. Frank R. PFETSCH, Institut für Politische Wissenschaft, Universität Heidelberg, Marstallstr. 6, 69117 Heidelberg, Tel 06221-542872